



Doppelverdienerin

Du bist 37 Jahre alt, verheiratet und hast keine Kinder. Dein Mann und du seid beide berufstätig. Kürzlich hast du auch eine Gehaltserhöhung bekommen, aber genau darin liegt jetzt das Problem. Weil dein Gehalt nun höher ist, musst du auch mehr Steuern zahlen. Da in den letzten Jahren insgesamt aber auch die Preise angestiegen sind, merkst du eigentlich gar nichts von deiner Gehaltserhöhung, außer dass die Steuerlast größer geworden ist. Damit bleibt insgesamt sogar weniger übrig! Das findest du ungerecht, schließlich ist eine Gehaltserhöhung eigentlich eine Belohnung. Du findest, der Staat muss nicht noch mehr gegen Armut tun, schließlich willst du nicht

noch mehr Steuern bezahlen. Im Gegenteil: Die Steuersätze müssen endlich angepasst werden, sodass bei Lohn-erhöhungen nicht noch draufgezahlt werden muss. Es ist doch wohl nur gerecht, dass alle, die arbeiten, sich auch mehr leisten können. Warum sollten Leute, die nichts verdienen, genauso viel Geld zur Verfügung haben wie solche, die jeden Tag zur Arbeit gehen?

Steuerbelastung durch kalte Progression

Text 1

Unter der kalten Progression verstehen Fachleute eine Art schleichende Steuererhöhung. Sie kommt zustande, wenn Arbeitnehmer bei Lohnerhöhungen automatisch in einen höheren Steuersatz rutschen und mehr Steuern zahlen müssen, obwohl die Lohnerhöhung von der allgemeinen Inflation aufgezehrt wird, sie also real nicht mehr verdienen. Das Phänomen kommt durch ein Zusammenspiel einer progressiv gestaffelten Einkommenssteuer (wer mehr verdient, muss auch höhere Steuersätze bezahlen) und einer schleichenden Inflation zustande. Und zwar dann, wenn die Beträge, ab denen höhere Steuersätze bezahlt werden müssen, nicht im Zuge der Inflation angepasst werden. Dann tut der Staat so, als wären wir reicher geworden und nimmt uns mehr weg, obwohl wir – gemessen in Kaufkraft – gar nicht mehr verdienen.

www.faz.net vom 8. Mai 2015 (Tillmann Neuscheler)

Text 2

Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (Köln) kommen dabei stattliche Summen zusammen. Demnach kassiert der Staat von 2015 bis 2018 bei einer unterstellten Preissteigerungsrate von 1 % zusätzliche 15 Milliarden Euro durch »heimliche Steuererhöhungen«. Würden 1,5 % Inflation ausgeglichen, erhöhten sich die Steuer-mehreinnahmen sogar auf 23,8 Milliarden Euro.

Für einen Single mit einem Jahresbruttoeinkommen von knapp 54.000 Euro bedeutet das bei Gehaltssteigerungen von 1,5 % im Jahr zwischen 2014 und 2018 insgesamt 1.057 Euro mehr an Steuern. Einen Doppelverdienerhaushalt mit einem Kind und einem Bruttojahreseinkommen von rund 87.000 Euro kostet der Effekt 1.435 Euro. »Nur« 453 Euro mehr muss ein alleinerziehender Durchschnittsverdiener mit einem Einkommen von rund 27.000 Euro im Jahr aufgrund der kalten Progression bezahlen. Die Belastung ist bei den Niedrigverdienern relativ gesehen jedoch stärker als bei Gutverdienern.

FOCUS Online (www.focus.de) vom 19. November 2014 (Maike Knorre)

Material für die Rolle »Unternehmer«



Unternehmer

Du hast nach deinem Realschulabschluss das Abitur über den zweiten Bildungsweg und ein Betriebswirtschaftsstudium erfolgreich abgeschlossen. Heute bist du 46 Jahre alt und leitest einen Betrieb zur Herstellung von Medizintechnik. Um die vier Kinder kümmert sich vorwiegend deine Frau. In den letzten Jahren hat dein Betrieb große Gewinne gemacht, was sicherlich auch mit der guten wirtschaftlichen Lage zusammenhängt. Du bist der Meinung, der Staat solle nicht noch mehr Geld für sozial schwächere Personengruppen ausgeben. Dafür müsste man vermutlich die Steuern erhöhen, was auch dein Unternehmen treffen könnte. Schließlich trägst du die Verantwortung für 30 Arbeitnehmer. Eine starke Wirtschaft ist daher die

beste Vorsorge gegen Armut. Die Debatte um Armut in Deutschland ist Jammern auf hohem Niveau. Schließlich muss in Deutschland kein Mensch wirklich Hunger leiden. Wer arbeiten will, findet mit etwas Fleiß und Disziplin auch eine Arbeitsstelle. Wenn, dann kann man eher von Ungleichverteilung sprechen – und das ist ja nicht unbedingt schlecht, sondern kann ein Motor sein, um sich noch mehr anzustrengen und in der Gesellschaft nach oben zu kommen.

Wer ist in Deutschland wirklich arm?

Endlich kommt in die deutsche Armutsdebatte Bewegung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat mit seiner Behauptung, die Zahl der Armen in Deutschland sei auf einem »historischen Höchststand«, eine Diskussion darüber ausgelöst, wie Armut gemessen werden soll. Selbst die SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles will die Methoden des Armuts- und Reichtumsberichts nun überarbeiten lassen. Das wird auch Zeit, denn die deutsche Debatte beruht seit Jahren auf missverständlichen Zahlen und Fehlschlüssen. Der Indikator, der regelmäßig die größte mediale Beachtung findet, ist die relative Armut. Von Armut bedroht ist demnach jeder Bürger, der über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Es ist dabei völlig egal, ob diese Schwelle bei 1.000 Euro, 20.000 Euro oder 40.000 Euro liegt – relativ betrachtet bleiben alle Menschen, die weniger verdienen, statistisch arm.

Es ist ziemlich einleuchtend, warum das zu kuriosen Ergebnissen führen kann. Wenn morgen alle Bundesbürger das Doppelte verdienen würden, wäre die Armut noch immer genauso groß. Und wenn die Einkommen für die breite Mehrheit sinken, sinkt womöglich auch die gemessene Armut. Genau das ist etwa in Irland während der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 geschehen. In Deutschland hingegen stiegen die mittleren Einkommen und die Armutsschwelle mit. Ist das wirklich ein geeigneter Indikator, um eine der wichtigsten sozialpolitischen Fragen einschätzen zu können?

In Wahrheit misst der relative Armutsbegriff etwas ganz anderes, als die meisten Menschen denken: Er gibt an, um wie viel sich die untersten Einkommen von den anderen Einkommensgruppen unterscheiden. Er ist also eher ein Maß für die Ungleichverteilung, weniger für die Armut.

*ZEIT ONLINE (www.zeit.de) vom 9. April 2015
(Philip Faigle und Mark Schieritz)*

Material für die Rolle »Wirtschaftsexpertin«



Wirtschaftsexpertin

Du bist 43 Jahre alt, hast nach dem Abitur Karriere bei einem renommierten Wirtschaftsinstitut gemacht und bist zudem Mutter zweier Kinder. Aufgrund deiner jahrelangen Beobachtungen des Arbeitsmarkts bist du der Ansicht, dass bei der Bekämpfung von Armut vor allem die Höhe von Sozialleistungen und die Länge der Bezugsdauer eine wichtige Rolle spielen. Anstatt noch mehr Geld zur bloßen Bekämpfung der Symptome von Armut in die Hand zu nehmen, sollte sich der Staat darauf konzentrieren, An-

reize zu schaffen, um die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Nur so kann echte Hilfe zur Selbsthilfe aussehen! Zudem kann nur über den Hebel einer erfolgreichen Wirtschaftsleistung allgemeiner Wohlstand erhöht werden. Daher findest du es gut und legitim, wenn beispielsweise der Hartz-IV-Satz nur für das Notwendigste im Leben reicht und eventuell auf eine maximale Bezugsdauer begrenzt wird, sodass auch unattraktive Arbeitsangebote eher angenommen werden.

Tut der Staat genug für Menschen in Not – oder tut er zu viel?

Im Jahr 2010 führte die Wochenzeitung DIE ZEIT ein Interview mit den beiden Ökonomen Michael Hüther (Direktor des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft) und Gustav Horn (Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung).

Es tobt eine Debatte um Gerechtigkeit zwischen Arbeitslosen und Steuerzahlern. Manche sagen, wir brauchen einen Neuentwurf des Sozialstaats. Stimmt das?

Hüther: Das würde ich so nicht sagen. Aber wir müssen uns die Frage stellen, ob unser Sozialstaat leistet, was er leisten soll: jedem Menschen Respekt einzuräumen. Wie schaffen wir das in Zeiten, in denen Ungleichheit unvermeidbar ist, weil sie zum Marktsystem gehört und weil die Erwerbchancen geringer werden? Wie können wir den wechselseitigen Respekt erhalten zwischen jenen, die Hilfe bekommen, und jenen, die mit ihren Steuern diese Hilfe ermöglichen? Das ist im Kern die Frage.

Müssen höhere Sätze [von Sozialleistungen] die Folge sein?

Hüther: Ich glaube nicht, dass die Regelsätze höher sein müssen, auch nicht bei den Kindern. Die OECD etwa setzt für Kinder pauschal bloß 30 Prozent des Erwachsenenbedarfs an, das ist weniger als derzeit bei Hartz IV. (...) Es wird immer ausgeblendet, dass es für Arbeitslose zusätzliche Vergünstigungen gibt, zum Beispiel im Nahverkehr, in Bibliotheken und Museen. (...) Zu der Debatte gehört außerdem, dass es nicht nur um die Menschenwürde des einzelnen Transferempfängers geht. Man muss auch fragen dürfen, wie es sich mit der Würde jener verhält, die das Geld erwirtschaften. Gehe ich als Hilfeempfänger würdevoll mit dem um, was ich von anderen bekomme? (...) Ich erwarte, dass er die Anreize, Arbeit aufzunehmen, auch ernst nimmt. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann.

Deshalb ist die Bündelung von Fördern und Fordern ja auch so richtig. Es geht mir darum, dass der Anreiz, eine Vollzeitarbeit aufzunehmen, zu gering ist, (...) die Aufnahme

von Arbeit muss auch stattfinden. Und das ist realistisch nicht zu erwarten, wenn wir Anrechnungsregeln haben, die das unattraktiv machen. Wer sich als Hartz-IV-Empfänger mit einer Teilzeitarbeit mehr als 100 Euro dazuverdient, bekommt 80 Prozent davon gleich wieder abgezogen. Das ist das Problem! (...) Bei mir beklagte sich neulich jemand, dass eine Hartz-IV-Empfängerin ihrem Kind, das gerne liest, keine Bücher kaufen kann. Da kann ich nur sagen: Mein Sohn liest ebenfalls viel, ich gehe mit ihm auch in die Stadtbibliothek, das kostet nichts. (...)

Außerdem soll Hartz IV ja nur eine vorübergehende Hilfe sein. Wir wollen doch, dass die Menschen wieder arbeiten (...). Wir können von dem Hilfeempfänger verlangen, dass er Alternativen nutzt. Das gehört auch zum Fordern. Man muss sich doch nicht jedes Mal sofort an den Staat wenden! (...)

Zählen dazu auch Essensausgaben wie die Tafeln, die Arche in Berlin oder Sozialkaufhäuser?

Hüther: Warum soll die Grundversorgung, die der Staat jedem gewährt, nicht über bürgerschaftliches Engagement ergänzt werden? Wo ist das Problem?

Horn: Da geht es auch um eine prinzipielle Frage: Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, dass ich als Hilfeempfänger dem Sozialstaat gegenüber einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben habe. Ich habe aber keinen Anspruch darauf, dass es irgendwo eine Tafel gibt, die mich billig mit Lebensmitteln versorgt. Da muss ich als Bittsteller hinkommen. Nur der Sozialstaat kann die Würde des Einzelnen gewährleisten.

Hüther: Das zentrale Armutsrisiko ist die Arbeitslosigkeit. Also müssen wir alles tun, um Menschen in Jobs zu bringen.

DIE ZEIT vom 25. Februar 2010 (Interview: Kolja Rudzio und Christian Tenbrock)

Material für die Rolle »Mitarbeiter des Jugendamts«



Mitarbeiter des Jugendamts

Du bist 39 Jahre alt, hast nach deinem Abitur Soziale Arbeit studiert und schätzt dich glücklich mit einer ebenfalls berufstätigen Partnerin an deiner Seite und drei gemeinsamen Kindern. Als Vertreter des Jugendamts beklagst du, dass immer mehr Kinder in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen. Diesen Kindern werden allein durch ihre Herkunft die Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft verbaut. »Kinder sind unsere Zukunft« sollte keine hohle Phrase der Politik sein, die sich deiner Meinung nach in den letzten

Jahrzehnten nicht ausreichend um die Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland gekümmert hat. Vor allem in der Förderung von Bildungsangeboten siehst du eine große Chance, den Kindern unabhängig von ihrem Elternhaus eine erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen.

Jedes fünfte Kind ist armutsgefährdet

Kinder- und Familienarmut hat in Deutschland einer Studie zufolge alarmierende Ausmaße angenommen. Zugleich ist die staatliche Unterstützung oft nicht passgenau und geht am Bedarf vorbei. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Erhebungen im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung (...). Jedes fünfte Kind unter 15 Jahren ist demnach armutsgefährdet, wächst also unterhalb der Armutsgrenze auf. Das sind 2,1 Millionen Jungen und Mädchen, die in Familien leben, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung haben. (...)

Knapp die Hälfte dieser 2,1 Millionen Kinder lebt in Haushalten, die staatliche Grundsicherung beziehen, also SGB-II-Leistungen, besser bekannt als Hartz IV. Bei der anderen Hälfte – das sind 1,15 Millionen arme Kinder – ist das allerdings nicht der Fall: Sie leben ohne diese Unterstützung, obwohl sie teilweise Anspruch darauf hätten. Und: Nur gerade mal knapp über der Armutsschwelle – und zwar mit Hilfe von SGB-II-Leistungen – wachsen weitere rund 480.000 Kinder in Deutschland auf.

Zusammengefasst bedeutet das, dass hierzulande drei Viertel aller Kinder in finanziell gesicherten, aber ein Viertel in finanziell unsicheren Verhältnissen groß werden. Die Auswertung der Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zeigt eine deutliche Benachteiligung von Kindern einkommensarmer Familien im Vergleich zu Haushalten mit gesicherten finanziellen Verhältnissen. Konkret zeigt sich: Rund 20 Prozent der Kinder, die Grundsicherung beziehen, leben in beengten Verhältnissen. 76 Prozent, deren Eltern auf Hartz IV angewiesen sind, können sich keinen Urlaub von mindestens einer Woche leisten. In vielen Fällen lässt das schmale Budget nicht zu, dass Freunde nach Hause ein-

geladen werden. Rund 14 Prozent wachsen zudem in Haushalten ohne Internet auf, 38 Prozent in Familien ohne Auto. Und bei 10 Prozent der Kinder besitzen nicht einmal alle Familienmitglieder ausreichende Winterkleidung. Zugleich stellt die repräsentative Erhebung heraus, dass elementare Güter – eine warme Mahlzeit am Tag oder pünktliche Mietzahlungen – in Familien mit SGB-II-Bezug in der Regel gewährleistet sind.

Eine zweite Untersuchung, für die Armutsforscher Familien befragt haben, bilanziert: Einkommensschwache Eltern wünschen sich für ihre Kinder vor allem gute Bildung und stellen eigene Bedürfnisse zurück. Sie empfinden es frustrierend, häufig Nein sagen zu müssen und aufgrund ihrer prekären Finanzlage praktisch keinen Handlungsspielraum zu haben. Eltern klagen zudem über zu viele behördliche Anlaufstellen, bürokratische Hürden und wechselnde Ansprechpartner.

Der Bertelsmann-Stiftung zufolge legt die Befragung offen, dass das staatliche Unterstützungssystem Armut nur unzureichend auffange. »Materielle Unterversorgung und fehlende soziale Teilhabe sind eine schwere Hypothek, mit der Kinder ins Leben starten«, betonte Jörg Dräger, Vorstand der Stiftung. Der Bedarf der Kinder, ihr Wohlbefinden und ihre Teilhabechancen müssten in den Mittelpunkt rücken, die staatliche Grundsicherung solle erhöht werden.

dpa vom 10. Mai 2015

Material für die Rolle »Arbeitssuchender«



Arbeitssuchender

Du bist 50 Jahre alt, hast nach dem Hauptschulabschluss eine Lehre zum Anlagenmechaniker abgeschlossen und bist vor zwölf Monaten arbeitslos geworden. Trotz einer Vielzahl an Bewerbungsgesprächen konntest du keine neue Arbeit finden. Seit dem Jobverlust sorgst du dich, dass das Geld bis zum Monatsende nicht ausreicht. Für deine Kinder Tom (13 Jahre) und Julia (16 Jahre) bedeutet dies einen Verzicht auf vieles, was vorher normal war. Es ist ihnen auch peinlich, ihren Freunden von deiner Arbeitslosigkeit zu erzählen. Wenn sich langfristig nichts

an deiner Situation ändert, wirst du vermutlich dein Auto verkaufen müssen, denn es drohen Hartz IV und Altersarmut. Du fühlst dich vom Staat im Stich gelassen, denn du hast schließlich 30 Jahre Steuern gezahlt. Du wünschst dir, dass du bei der Suche nach einer neuen Arbeit besser unterstützt wirst. Auch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist deiner Meinung schon längst überfällig.

Was braucht ein Mensch zum Leben?

399 Euro monatlich – so definiert die deutsche Politik 2015 das Existenzminimum. Im Januar feiert Hartz IV, die Grundsicherung für Arbeitslose, Jubiläum. Hartz-IV-Empfänger bekommen zur Geldpauschale Miet- und Heizkosten für eine bescheidene Wohnung erstattet. Für Kinder gibt es zusätzlich ein Bildungspaket – Gutscheine für Nachhilfe und Klassenfahrten. In Deutschland leben rund 4,3 Millionen Menschen von der Grundsicherung für Arbeitssuchende, 980.000 ununterbrochen seit der Hartz-IV-Reform von 2005. (...)

Das Recht auf ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen hat das Bundesverfassungsgericht erstmals Mitte der 1970er-Jahre konkret definiert: Es leitet sich aus der unantastbaren Menschenwürde laut Artikel 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip ab. Der Staat muss nicht nur das Nicht-Verhungern und Nicht-Erfrieren gewährleisten, sondern auch ein »Mindestmaß an kultureller Teilhabe«. Einem Hartz-IV-Bezieher soll es demnach möglich sein, dann und wann ein Café zu besuchen oder den Nachwuchs zum Fußballtraining zu schicken.

Ob das mit dem aktuellen Pauschalbetrag wirklich gewährleistet ist, daran zweifeln Experten. »Zum physischen Überleben reicht es«, sagt Verteilungsforscherin Irene Becker,

die mehrere Hartz-IV-Gutachten für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung erstellt hat. »Doch ob ein Bedürftiger wirklich an der Gesellschaft teilnehmen kann, das bezweifle ich.« Becker nennt Beispiele: Selbst wenn das Fußballtraining eines Kindes gezahlt wird, was tun, wenn es schnell aus den Fußballschuhen wächst? Regelmäßige Ausgaben für neue Schuhe sind in dem Hartz-IV-Satz nicht angelegt. »Noch nie war der Regelsatz so auf Kante genäht wie heute«, sagt auch Reiner Höft-Dzemski. Er arbeitet für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge (...). Auf der Grundlage der Statistik von 2008 wurden für einen Erwachsenen zum Beispiel rund 130 Euro für Nahrungsmittel festgesetzt. »Aber der Bedarf«, sagt Höft-Dzemski, »unterscheidet sich streng genommen natürlich von Mensch zu Mensch, in Abhängigkeit vom Geschlecht, Lebensalter und der körperlichen Bewegung. Eine bedürftige Großmutter erhält aber so viel Geld wie ein 25-jähriger Mann.«

ZEIT ONLINE (www.zeit.de) vom 19. Januar 2015 (Lisa Caspari)

Material für die Rolle »Alleinerziehende«



Alleinerziehende

Du bist 37 Jahre alt und hast Abitur. Vor zwei Jahren hast du dich von deinem Mann getrennt. Seitdem hat sich dein Leben verändert. Du musstest deine Erwerbsarbeit auf 40 Prozent reduzieren, da die kleinste deiner zwei Töchter erst drei Jahre alt ist. Manchmal weißt du nicht mehr, wo du noch sparen kannst, auch wenn dein früherer Partner für eure gemeinsamen Kinder Unterhaltszahlungen leistet. Oder solltest du vielleicht doch noch einen weiteren Job annehmen? Das hieße aber, weniger Zeit für die

Kinder zu haben. Wie der nächste Schulausflug finanziert werden soll, weißt du nicht. Gleichzeitig beschwert sich dein 13-jähriger Sohn, dass er noch nicht einmal mit den Freunden ins Kino gehen könne. Du fühlst dich vom Staat im Stich gelassen und würdest dir mehr Unterstützung wünschen, sei es finanziell oder in Form von besseren Betreuungsangeboten. Schließlich sind deine Kinder doch die Zukunft dieses Landes.

Alleinerziehende in Deutschland

Jede fünfte Familie in Deutschland ist eine Einelternefamilie. Ihr Anteil hat sich seit den 1970er-Jahren verdoppelt. Tendenz: weiter steigend. Waren es 1996 schon 1,3 Millionen Mütter oder Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren in einem Haushalt zusammenlebten, sind es heute bereits 1,6 Millionen. (...)

Die Gruppe der Alleinerziehenden ist sehr heterogen. Wenige Mütter oder Väter haben geplant, ihr Kind allein großzuziehen. Sie geraten überwiegend unfreiwillig in diese Situation und damit zum Teil in sehr schwierige Problemlagen. Die meisten sind durch Trennung (17 Prozent), Scheidung (42 Prozent) oder Tod des/-r Partners/-in (sechs Prozent) in diese Familienform gelangt. (...) Mit 45 Prozent ist der Großteil der Alleinerziehenden zwischen 35 und 44 Jahre alt. Nur sechs Prozent sind jünger als 25 Jahre. Betreuen alleinerziehende Väter eher Jugendliche, tragen Mütter vor allem für jüngere Kinder die alleinige Verantwortung. Für ein Drittel der Alleinerziehenden ist diese Lebensform eine Phase. Sie leben nach weniger als drei Jahren wieder mit weiteren Erwachsenen zusammen. (...)

Alleinerziehende sind für alles allein verantwortlich und zuständig – Existenzsicherung, Kinderbetreuung, Haushalt und nicht zuletzt Lebensfreude – und haben dabei einen sehr geringen zeitlichen Spielraum. Der Alltag muss gut durchorganisiert werden, die täglichen Anforderungen sind oft termingebunden, etwa wegen der festen Zeiten von Arbeit, Kinderbetreuung, öffentlichem Nahverkehr oder wegen bestimmter Öffnungszeiten von Ämtern und anderem. Das erfordert viel Koordination, Disziplin und Anstrengungen. Hinzu kommt als psychische Herausforderung (und möglicherweise Belastung), dass auch generelle Fragen, beispielsweise hinsichtlich des Erziehungsstils, nicht unmittelbar mit einem zweiten Elternteil besprochen werden können.

www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/alleinerziehende-in-deutschland.html (Antje Asmus), September 2011

Material für die Rolle »Rentnerin«



Rentnerin

Du bist 60 Jahre alt, deine drei Kinder sind längst aus dem Haus und du stehst kurz vor der Rente. Jahrzehntlang hast du im Bäckereibetrieb deines Mannes ausgeholfen, wenn es nötig war. Hauptsächlich hattest du dich aber um deine Kinder und den Haushalt gekümmert. Die Bäckerei lief gut, aber dafür habt ihr auch stets hart gearbeitet. Vor fünf Jahren kam alles ganz plötzlich: Dein Mann erkrankte schwer und du hast ihn bis zu seinem Tod gepflegt. Das Geschäft habt ihr verkauft, um die Pflege zu finanzieren. Kurz darauf musstest du an der Hüfte operiert werden. Seitdem kannst du nicht mehr als Verkäuferin arbeiten. Du selbst hast wenig in die Rentenversicherung eingezahlt.

Deinen Freundinnen geht es ähnlich. Auch sie haben für die Zeit der Kindererziehung keine oder durch gering bezahlte Jobs nur wenige Rentenpunkte sammeln können. Dir steht zukünftig eine Rente von rund 480 Euro bevor. Der wöchentliche Gang zur Tafel beschämt dich sehr. Du kannst nicht nachvollziehen, weshalb du nicht mehr Unterstützung bekommst, schließlich hast du zuhause und im Laden immer gearbeitet und drei Kinder großgezogen. Wie viele künftige Rentner/-innen fürchtest du dich vor der Altersarmut.

Frauen werden fürs Erziehen bestraft

Text 1

Das System der gesetzlichen Rente (...) beruht auf dem Äquivalenzprinzip. Wer mehr ins Rentensystem einzahlt, bekommt auch mehr aus dem System heraus. (...) Niedriglöhner, Mindestlöhner und Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien fallen einem solchen System jedoch zum Opfer. Sie können in ihrem Erwerbsleben nicht viel in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und bekommen als Rentner nur wenig heraus. Rentner, die zudem wie immer mehr Alte einen Single-Haushalt führen, können der Altersarmut kaum entkommen. (...)

ZEIT ONLINE (www.zeit.de) vom 23. Januar 2017 (Hermann-Josef Tenhagen)

Text 2

Immer mehr Menschen im Rentenalter sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen, hat das Statistische Bundesamt ermittelt. Vor allem westdeutsche Frauen sind von Armut im Alter betroffen. Schon heute müssen Hunderttausende Frauen im Alter von über 65 Jahren mit 391 Euro im Monat klarkommen – von einer so schmalen Rente kann man kaum mal dem Enkel Taschengeld zustecken oder sich einen Urlaub leisten. Selbst Extrageld für Medikamente ist da kaum drin. Und Jahr für Jahr trifft es mehr Menschen. (...)

[Noch bis Ende der 1990er-Jahre] war es normal, dass eine Frau mit der Geburt eines Kindes im Job aussetzte, um sich um die Erziehung und den Haushalt zu kümmern. Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt es erst seit 1998. Im Schnitt unterbrachen Frauen in Westdeutschland ihre Erwerbstätigkeit bis zur Einführung des Elterngelds im Jahr 2007 für durchschnittlich acht Jahre, viele sogar deutlich länger. Die meisten kehrten, wenn überhaupt, allenfalls als Minijobberin oder in Teilzeit mit schmalen Einkommen wieder zurück in den Beruf. (...)

Eine ganze Generation an Frauen – die im Schnitt noch zwei Kinder großgezogen und damit einen enormen Dienst an der Gesellschaft geleistet haben – wird für ihre Erziehungsarbeit bestraft. Das ist nicht nur wahnsinnig ungerecht. Es zeigt auch, wie der Staat zu der Arbeitsleistung der Frauen wirklich steht: Von Anerkennung kann keine Rede sein.

ZEIT ONLINE (www.zeit.de) vom 5. November 2014 (Tina Groll)

Rollenkarte für den Moderator

**Moderator**

Du bist Moderator der Polit-Talkshow zum Thema »Sollte im Sozialstaat Deutschland Armut stärker bekämpft werden?«. Du überlegst dir, wie du die Diskussionsrunde in die Thematik einführen kannst. Zu Beginn stellst du alle Teilnehmer kurz vor und bittest jeden deiner Gäste, eine kurze Stellungnahme abzugeben. Während der Diskussion achtest du darauf, dass jeder gleichermaßen zu Wort kommt und sich die Gäste nicht gegenseitig ins Wort fallen. Zudem ist es deine Aufgabe, darauf zu achten,

dass die Redezeiten eingehalten werden. Du verhältst dich neutral und bevorzugst keinen. Du kannst aber auch deine Gäste unterbrechen, wenn sie zu lange reden oder unsachlich werden. Am Ende bittest du noch einmal alle Gäste, ein kurzes Abschlusswort zu formulieren, bevor du den Zuschauern ermöglicht, etwa fünf Minuten lang Fragen zu stellen.